

# **Habilitationsordnung**

**der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie  
der Universität Leipzig**

**Vom 10. Oktober 2000**

Auf der Grundlage von § 30 i.V.m. § 85 Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz - SächsHG) vom 11. Juni 1999 (SächsGVBl. Nr. 11/1999 vom 25. Juni 1999) erlässt der Fakultätsrat der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie der Universität Leipzig folgende Habilitationsordnung:

### **Inhaltsübersicht:**

- § 1 Habilitationsrecht
- § 2 Habilitationsgremien
- § 3 Habilitationsleistungen
- § 4 Zulassungsvoraussetzungen für eine Habilitation
- § 5 Antrag
- § 6 Habilitationsschrift
- § 7 Zusammenfassung/Thesen
- § 8 Eröffnung des Verfahrens
- § 9 Gutachter
- § 10 Gutachten
- § 11 Annahme der Habilitationsschrift
- § 12 Lehrveranstaltung mit Diskurscharakter
- § 13 Wissenschaftlicher Vortrag mit anschließendem Kolloquium
- § 14 Verleihung
- § 15 Wiederholbarkeit im Habilitationsverfahren
- § 16 Pflichtexemplare, Veröffentlichung
- § 17 Nichtvollzug der Habilitation, Entzug des Grades Dr. habil.
- § 18 Widerspruchsrecht
- § 19 Habilitationsakte
- § 20 Inkrafttreten

Für den gesamten folgenden Text schließen grammatisch maskuline Formen zur Bezeichnung von Personen solche weiblichen und männlichen Geschlechts gleichermaßen ein.

## **§ 1 Habitationsrecht**

- (1) Die Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie der Universität Leipzig verleiht auf der Grundlage eines ordnungsgemäßen Habitationsverfahrens namens der Universität Leipzig den Grad eines doctor habitatus (habil.) und stellt die Lehrbefähigung für ein Fach fest. Die Bezeichnung habil. wird als Zusatz zu dem früher erworbenen Doktorgrad verliehen:

Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie

doctor philosophiae habitatus  
doctor rerum politicarum habitatus

Dr. phil. (habil.)  
Dr. rer. pol. (habil.)

- (2) Die Habilitation ist nur unter der Bedingung möglich, dass das Fach durch mindestens einen an der Universität Leipzig hauptberuflich tätigen Professor vertreten wird und sich ein Professor der Universität Leipzig zur Begutachtung der Habilitationsschrift bereit erklärt.
- (3) Die mehrfache Habilitation auf der Grundlage ein und desselben Doktorgrades ist nicht möglich.

## **§ 2 Habitationsgremien**

- (1) Der gemäß § 85 Abs. 2 SächsHG erweiterte Fakultätsrat ist das Gremium für die Durchführung von Habitationsverfahren.
- (2) Für die Durchführung des einzelnen Habitationsverfahrens setzt der Fakultätsrat eine Habitationskommission ein. Sie besteht aus mindestens sechs habilitierten, an der Universität Leipzig hauptberuflich beschäftigten Mitgliedern, von denen die Mehrheit Hochschullehrer sein muss, darunter ein Mitglied aus einer benachbarten Fakultät der Universität Leipzig. Der Dekan oder ein von ihm beauftragtes Kommissionsmitglied übernimmt den Vorsitz. Als Vorsitzender kann nicht tätig werden, wer im gleichen Verfahren als Gutachter bestellt worden ist.
- (3) Die abschließende Entscheidung in allen Habitationsangelegenheiten obliegt dem Fakultätsrat.  
Die Habitationskommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden anwesend ist. Sie beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (4) Die Beratungen zu Habitationsfragen sind nicht öffentlich. Die Anhörung des Betroffenen bleibt davon unberührt.
- (5) Über die Beratungen der Habitationskommission ist ein Protokoll zu führen, das den Tag und Ort der Sitzung, die Namen des Vorsitzenden und der Teilnehmer, die Beratungsthemen, die ggf. zu behandelnden Anträge, den Wortlaut der Beschlüsse und Empfehlungen sowie die Abstimmungsergebnisse enthält. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden der Habitationskommission zu unterschreiben und der Habitationsakte beizufügen.
- (6) Entscheidungen der Habitationsgremien werden dem Bewerber schriftlich mitgeteilt. Ablehnende Bescheide sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

### **§ 3 Habitationsleistungen**

- (1) Der akademische Grad Dr. habil. wird auf der Grundlage nachfolgend genannter, erfolgreich erbrachter Habitationsleistungen verliehen:
  1. einer schriftlichen wissenschaftlichen Arbeit (Habilitationsschrift) oder des Nachweises gleichwertiger wissenschaftlicher Leistungen,
  2. einer Lehrveranstaltung mit Diskurscharakter,
  3. eines wissenschaftlichen Vortrags mit anschließendem Kolloquium.

Die Erfüllung einer Habitationsleistung ist die Voraussetzung für die Zulassung zur nächstfolgenden.

- (2) Die Habilitation ist eine Einzelleistung.  
Mit der Habilitation wird förmlich die Befähigung zu selbständiger Lehre und Forschung in einem bestimmten Fach festgestellt.

### **§ 4 Zulassungsvoraussetzungen für eine Habilitation**

- (1) Zum Habitationsverfahren kann zugelassen werden, wer
  1. den Doktorgrad einer deutschen Universität oder einer dieser gleichgestellten Hochschule oder einen gleichwertigen akademischen Grad einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule erworben hat,
  2. eine mehrjährige wissenschaftliche Tätigkeit in dem Fachgebiet, für das die Habilitation angestrebt wird, sowie eine angemessene Lehrtätigkeit ausgeübt hat,
  3. eine wissenschaftliche Arbeit gemäß § 6 einreicht, für deren Begutachtung sich ein Professor der Universität Leipzig verbindlich bereit erklärt hat,
  4. nicht zuvor ein Habitationsverfahren im gleichen Fachgebiet endgültig nicht bestanden hat bzw. wer nicht in einem ruhenden resp. laufenden Verfahren steht,
  5. unter Beachtung der §§ 1 und 3 einen ordnungsgemäßen Antrag mit allen erforderlichen Unterlagen gemäß § 5 einreicht.
- (2) Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit des akademischen Grades einer ausländischen Hochschule ist vom Dekan eine Klärung über die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen herbeizuführen.

### **§ 5 Antrag**

- (1) Der schriftliche Antrag auf Durchführung eines Habitationsverfahrens ist mit Angabe des angestrebten akademischen Grades und des Faches an den Dekan der Fakultät zu richten.
- (2) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, die ggf. mit Ausnahme von 1. und 7. in deutscher Sprache einzureichen sind:
  1. fünf gebundene Exemplare der Habilitationsschrift (Titelblatt nach Anlage 1),

2. 20 Exemplare der Zusammenfassung/Thesen gemäß § 7,
  3. ein Exemplar der bibliographischen Beschreibung/Abstract,
  4. Lebenslauf mit Aussagen zum beruflichen Werdegang,
  5. autorisierte Kopien über alle erworbenen Grade und staatlichen Abschlussprüfungen,
  6. ein Nachweis über erbrachte Lehre,
  7. ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Kopien wesentlicher Arbeiten,
  8. drei Themenvorschläge für die Lehrveranstaltung gemäß § 12,
  9. eine Erklärung über bereits erfolgte Habilitationsversuche,
  10. eine Erklärung, dass die Habilitationsschrift selbständig und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln erstellt worden ist,
  11. ein polizeiliches Führungszeugnis (nicht älter als drei Monate) gemäß § 30 BZRG.
- (3) Der Antrag mit den zugehörigen Unterlagen ist im Dekanat einzureichen.
- Bei Nichteröffnung des Verfahrens erhält der Kandidat vier Exemplare der eingereichten Habilitationsschrift sowie die eingereichten Kopien wesentlicher Arbeiten zurück.
  - Die den Gutachtern übergebenen Exemplare der Habilitationsschrift können nach deren Beurteilung bei den Gutachtern verbleiben.
- (4) Der Antrag kann jederzeit durch eine schriftliche Erklärung zurückgezogen werden. Wird der Antrag zurückgezogen, solange kein Gutachten vorliegt oder aus schwerwiegenden Gründen auch zu einem späteren Zeitpunkt, sofern bis dahin kein ablehnendes Gutachten eingegangen ist, so gilt das abgebrochene Verfahren nicht als Habilitationsversuch. Wird der Antrag nach Eingang eines oder mehrerer ablehnender Gutachten zurückgezogen, gilt das Habilitationsverfahren als nicht bestanden.

## **§ 6 Habilitationsschrift**

- (1) Die Habilitationsschrift ist eine vom Antragsteller verfasste wissenschaftliche Arbeit in dem Fach, für das die Habilitation angestrebt wird. Sie muss sich wesentlich von den Inhalten der Dissertation und anderen Prüfungsarbeiten des Kandidaten unterscheiden.
- (2) Die Habilitationsschrift wird als Monografie in deutscher oder englischer Sprache eingereicht.  
In Ausnahmefällen können andere Sprachen durch Beschluss des Fakultätsrates nach Maßgabe der Möglichkeiten der Begutachtung zugelassen werden.  
Bei der Abfassung in einer anderen als der deutschen Sprache ist eine deutschsprachige Kurzfassung im Umfang von 10 bis 15 Seiten Bestandteil der Habilitationsschrift.
- (3) Als Habilitationsschrift dürfen keine Arbeiten vorgelegt werden, die von einer anderen Universität als Habilitationsschrift zurückgewiesen worden sind oder zu anderweitigen Prüfungszwecken gedient haben.
- (4) Die Habilitationsschrift ist maschinenschriftlich oder gedruckt und in gebundener Form einzureichen.

## **§ 7 Zusammenfassung/Thesen**

- (1) Die als Zusammenfassung (oder Thesen) der wissenschaftlichen Ergebnisse bezeichnete komprimierte Darstellung der wesentlichen inhaltlichen Aussagen der Habilitationsschrift unterliegt als Bestandteil der Abhandlung ebenfalls der Begutachtung. Diese Zusammenfassung ist in deutscher Sprache abzufassen und sollte in der Regel zehn Seiten nicht überschreiten.

## **§ 8 Eröffnung des Verfahrens**

- (1) Wenn nach Prüfung des Habilitationsantrages und der mit ihm gemäß § 5 eingereichten vollständigen Unterlagen durch die Habilitationskommission die Rechtmäßigkeit der Zulassung feststeht, eröffnet der erweiterte Fakultätsrat auf Empfehlung der Habilitationskommission das Verfahren und bestellt die Gutachter. Dieser Beschluss soll innerhalb von zwei Monaten nach Einreichung gefasst werden. Ggf. kann die Kommission und/oder der Fakultätsrat Auflagen zur Gestaltung der Thesen und des Titels der Habilitationsschrift erteilen.
- (3) Die Entscheidungen über die Eröffnung oder Nichteröffnung des Verfahrens und über die Auswahl der Gutachter sind dem Kandidaten schriftlich innerhalb von zwei Wochen nach Beschlussfassung durch das Dekanat mitzuteilen. Wird das Verfahren nicht eröffnet, verbleiben der Antrag und ein Exemplar der Habilitationsschrift im Dekanat.

## **§ 9 Gutachter**

- (1) Die Habilitationsschrift ist grundsätzlich von drei Hochschullehrern zu beurteilen; zwei Gutachter dürfen Angehörige der Universität Leipzig sein; zwei Gutachter müssen das Fach vertreten, dem die Habilitation entspricht. Es können mehr als drei Gutachter bestellt werden. In Fällen gemäß § 10 (3) können weitere Gutachter hinzugezogen werden.
- (2) Im Einzelfall können als weitere Gutachter
  - a) habilitierte oder gleichwertig qualifizierte Professoren und Hochschuldozenten (Ausländer auch ohne entsprechenden Grad bei Äquivalenz der Qualifikation),
  - b) habilitierte Vertreter der Praxisbestellt werden.

## **§ 10 Gutachten**

- (1) Die Gutachten werden vom Dekan in schriftlicher Form eingeholt. In den Gutachten wird festgestellt, ob und inwieweit die Habilitationsschrift einschließlich der Thesen den Nachweis einer besonderen Befähigung für die Forschung in einem Fach resp. Fachgebiet zu erbringen in der Lage ist. Es ist die Annahme bzw. Nichtannahme der Arbeit zu empfehlen.
- (2) Gutachten sollten innerhalb von drei Monaten nach Erteilung des Auftrages erstattet sein. Danach noch ausstehende Gutachten werden vom zuständigen Dekanat schriftlich angemahnt. Der Habilitand erhält von dieser Mahnung Kenntnis.
- (3) Wird auf der Grundlage der Gutachten in der Habilitationskommission keine Einigung über die Annahme der Arbeit erzielt, bestellt der Fakultätsrat auf Vorschlag der Habilitationskommission mindestens einen weiteren Gutachter.

## **§ 11 Annahme der Habilitationsschrift**

- (1) Nach dem Eingang der Gutachten werden diese zusammen mit einem Exemplar der Habilitationsschrift und der Thesen für eine Frist von zwei Wochen für die Mitglieder der Habilitationskommission und die Hochschullehrer der Fakultät zur Einsichtnahme resp. Votenabgabe im Dekanat ausgelegt.  
Die Fristen werden vom Dekanat bekanntgegeben.
- (2) Die Habilitationskommission empfiehlt dem Fakultätsrat die Annahme oder Nichtannahme der Habilitationsschrift auf der Grundlage der Gutachten und ggf. unter Berücksichtigung von Stellungnahmen, die aus der Einsichtnahme in die Habilitationsschrift, die Gutachten und die Thesen gemäß (1) hervorgegangen sind und entscheidet über die Themenliste für die Lehrveranstaltung gemäß § 12.  
Der Kandidat ist durch das Dekanat von den getroffenen Entscheidungen schriftlich zu unterrichten.
- (3) Nach erfolgter Annahme der Habilitationsschrift hat der Kandidat Gelegenheit, die Gutachten einzusehen.

## **§ 12 Lehrveranstaltung mit Diskurscharakter**

- (1) Der Vorsitzende der Habilitationskommission lädt zur Lehrveranstaltung ein. Sie soll in der Regel zwei bis vier Wochen nach der Annahme der Habilitationsschrift und möglichst vor einer Sitzung des Fakultätsrats stattfinden. Neben Hochschullehrern und akademischen Mitarbeitern sind auch Studenten einzuladen. Die Veranstaltung sollte eine Dauer von 90 Minuten nicht überschreiten.
- (2) Im Anschluss an die Lehrveranstaltung beschließt die Habilitationskommission über deren Anerkennung/Nichtanerkennung als Prüfungsleistung. Bei diesem Beschluss wirken die anwesenden Gutachter und weiteren Hochschullehrer mit beschließender Stimme mit. Vertreter der Fachschaft sind zu hören. Der Vorsitzende gibt das Ergebnis öffentlich bekannt.

## **§ 13 Wissenschaftlicher Vortrag mit anschließendem Kolloquium**

- (1) Der wissenschaftliche Vortrag findet in der Vorlesungszeit in der Regel innerhalb von vier Wochen nach Anerkennung der Lehrveranstaltung statt.  
Er sollte die Dauer von 30 Minuten nicht überschreiten, das sich anschließende Kolloquium nicht länger als 60 Minuten dauern. Dabei sollten der Gegenstand der Habilitationsschrift und Fragen zum entsprechenden Fach im Mittelpunkt stehen. Das Kolloquium ist öffentlich.
- (2) Der Vorsitzende der Habilitationskommission oder ein von ihm beauftragtes Mitglied der Habilitationskommission veranlasst die öffentliche Bekanntgabe des Termins an der Fakultät und in weiteren Institutionen zwei Wochen vorher. Der Kandidat wird vom Dekanat eingeladen.
- (3) Im Anschluss an das Kolloquium beschließt die Habilitationskommission über Anerkennung oder Nichtanerkennung des wissenschaftlichen Vortrags. An der

Entscheidung der Habilitationskommission wirken die anwesenden Gutachter und weiteren Hochschullehrer der Fakultät mit beschließender Stimme mit. Der Vorsitzende der Habilitationskommission gibt unmittelbar danach das vorläufige Ergebnis dem Kandidaten öffentlich bekannt. Bei Anerkennung empfiehlt die Kommission dem Fakultätsrat ein Fach bzw. ein Fachgebiet, für das die Lehrbefähigung erteilt werden soll. Der Vorschlag des Kandidaten ist zu beachten.

#### **§ 14 Verleihung**

- (1) Nach Erfüllung aller Leistungen im Habilitationsverfahren beschließt der Fakultätsrat über die Verleihung des akademischen Grades doctor habilitatus für das von der Habilitationskommission vorgeschlagene Fach.  
Der Verleihungsbeschluss wird dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt.
- (2) Über die Verleihung des akademischen Grades Dr. habil. wird vom zuständigen Dekanat eine Urkunde (mit Duplikat) unter dem Datum des Verleihungsbeschlusses ausgefertigt.
- (3) Die Übergabe der Habilitationsurkunde an den Habilitanden erfolgt durch den Dekan oder in seinem Auftrag, wenn die Abgabe der Pflichtexemplare gemäß § 16 (2) in der Universitätsbibliothek Leipzig nachweislich erfolgt ist.  
Mit der Übergabe der Urkunde ist die Habilitation vollzogen. Der Habilitand erhält das Recht zur Führung des akademischen Grades.

#### **§ 15 Wiederholbarkeit in Habilitationsverfahren**

- (1) Eine nicht angenommene Habilitationsschrift kann nach Überarbeitung frühestens nach Ablauf von sechs Monaten nochmals eingereicht werden. Dabei ist die frühere Nichtannahme anzuzeigen.
- (2) Eine nicht bestandene Lehrveranstaltung kann in der Regel im Verlaufe eines Jahres wiederholt werden.
- (3) Der wissenschaftliche Vortrag kann nicht wiederholt werden.

#### **§ 16 Pflichtexemplare, Veröffentlichung**

- (1) Der Habilitand hat seine Habilitationsschrift durch Druck bzw. Vervielfältigung oder in einer wissenschaftlichen Zeitschrift zu veröffentlichen und folgende Anzahl von Exemplaren abzuliefern:
  - a) 50 Exemplare bei privatem Druck oder Vervielfältigung;
  - b) 3 Exemplare, wenn ein gewerblicher Verleger die Verbreitung über den Buchhandel übernimmt und eine Mindestauflage von 150 Exemplaren nachgewiesen wird.

Bei Kopien in Form von Mikrofiches oder auf elektronischen Datenträgern:

3 Exemplare in kopierfähiger Maschinenschrift zusammen mit der Mutterkopie und 10 weitere Kopien als Mikrofiches oder elektronische Datenträger.

- (2) Die Pflichtexemplare sind in einem Zeitraum von sechs Monaten nach dem Ver-



leihungsbeschluss an die Universitätsbibliothek Leipzig zu übergeben. Eine Verlängerung der Frist auf schriftlichen Antrag an den Dekan ist möglich. Die Abgabebestätigung der Universitätsbibliothek ist dem Dekanat zuzuleiten.

- (3) Die Pflichtexemplare müssen gebunden sein, auf der Titelseite der Habilitationsschrift das Datum des Verleihungsbeschlusses und auf deren Rückseite die Namen der Gutachter ausweisen.
- (4) Der Wortlaut der Pflichtexemplare muss mit dem Exemplar der Habilitationsschrift übereinstimmen, welches der Habilitationskommission vorgelegen hat.

### **§ 17**

#### **Nichtvollzug der Habilitation, Entzug des Grades Dr. habil.**

- (1) Habitationsleistungen können für ungültig erklärt und die Habilitation kann nicht vollzogen bzw. der Grad Dr. habil. kann entzogen werden, wenn bekannt wird, dass
  - wesentliche Voraussetzungen für die Zulassung zur Habilitation fälschlicherweise als gegeben betrachtet wurden,
  - Habitationsleistungen unter Täuschung, insbesondere unter Annahme von Hilfeleistungen durch Dritte, erbracht wurden.Waren Habitationsvoraussetzungen nicht erfüllt, ohne dass eine Täuschungsabsicht vorlag, und wird dies erst nach Aushändigung der Urkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch die Leistungen im Habitationsverfahren geheilt.
- (2) Mit dem Entzug des akademischen Grades Dr. habil. ist der Verlust der Lehrbefähigung verbunden.

- (3) Über den Nichtvollzug oder Entzug entscheidet der Fakultätsrat. Vor der Beschlussfassung ist dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Beschluss ist zu begründen und dem Betroffenen unter Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen.

## **§ 18 Widerspruchsrecht**

- (1) Der Bewerber hat das Recht, gegen

1. die Nichteröffnung des Habilitationsverfahrens (vgl. § 8),
2. die Nichtannahme der Habilitationsschrift (vgl. § 11),
3. die Nichtanerkennung weiterer Leistungen (vgl. §§ 12/13),
4. die Nichtzulassung zur Wiederholung von Habilitationsleistungen (vgl. § 15),
5. die Nichtverleihung des akademischen Grades (vgl. § 17)

Widerspruch einzulegen.

- (2) Gegen den Entzug des akademischen Grades gemäß § 17 kann entsprechend Abs. 3 innerhalb eines Monats schriftlich beim Dekan Widerspruch eingelegt werden.
- (3) Der Fakultätsrat entscheidet innerhalb von weiteren drei Monaten nach Anhörung der Habilitationskommission. Der Widerspruchsbescheid ergeht schriftlich mit Begründung und Rechtsmittelbelehrung.

## **§ 19 Habilitationsakte**

- (1) Die zusammengefassten Habilitationsunterlagen bilden die Habilitationsakte. Sie wird während des Verfahrens von der Habilitationskommission geführt.
- (2) Über alle Beratungen und Entscheidungen in einem Habilitationsverfahren ist durch die beteiligten Habilitationsgremien ein Protokoll zu fertigen, das nach Unterzeichnung durch den Vorsitzenden der Habilitationsakte beizufügen ist.
- (3) Die Habilitationsakte verbleibt zunächst im Dekanat und ist gemäß Archivordnung dem Archiv der Universität Leipzig zu übergeben.
- (4) Innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Habilitationsverfahrens wird dem Kandidaten auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine Habilitationsakte gewährt.

**§ 20**  
**Inkrafttreten**

- (1) Die Habilitationsordnung der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie wurde am 5. November 1996 vom Rat der Fakultät beschlossen, mit Erlass vom 21. Januar 1997 (Az.: 2-7843-11/20) durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst genehmigt und im April 2000 dem SächsHG angepasst.  
Die Ordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig in Kraft.
- (2) Gleichzeitig verlieren die bisher für die Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie geltenden Bestimmungen zur Durchführung von Habilitationsverfahren ihre Gültigkeit.

Leipzig, am 10. Oktober 2000

Professor Dr. Georg Vobruba  
Dekan der Fakultät für  
Sozialwissenschaften und Philosophie

Professor Dr. Volker Bigl  
Rektor

Anlage 1

**Titelseite für die einzureichende Arbeit**

.....  
.....  
.....  
(Titel)

Der.....(Fakultät).....

der Universität Leipzig

eingereichte

**HABILITATIONSSCHRIFT**

zur Erlangung des akademischen Grades

.....  
(akademischer Grad)

.....  
(Kurzform)

vorgelegt

von

.....  
(akademischer Grad, Vorname, Name)

geboren am ..... in .....

Leipzig, den .....  
(Einreichungsdatum)

Anlage 2

**Titelseite für die einzureichenden Pflichtexemplare**

.....  
.....

.....  
(Titel)

von der

(Fakultät)

der Universität Leipzig

genehmigte

**HABILITATIONSSCHRIFT**

zur Erlangung des akademischen Grades

.....  
(akademischer Grad)

.....  
(Kurzform)

vorgelegt

von

.....  
(akademischer Grad, Vorname, Name)

geboren am ..... in .....

Tag der Verleihung .....

Rückseite:

Gutachter

.....  
.....  
.....

Anlage 3

## Universität Leipzig

Traditionssiegel  
der Universität Leipzig

Unter dem Rektorat des Professors / der Professorin .....  
( Name )

und dem Dekanat des Professors / der Professorin .....  
( Name )

verleiht die .....  
(Fakultät)

**Herrn/Frau** .....

geboren am ..... in .....

den akademischen Grad

**Doctor ..... habilitatus**  
**(Dr. .... habil.)**

und stellt seine/ihre Lehrbefähigung für

.....

fest, nachdem er/sie in einem ordnungsgemäßen Habilitationsverfahren und durch die  
Habilitationsschrift

.....  
.....  
.....  
(Titel)

seine/ihre besondere Befähigung für Forschung und Lehre nachgewiesen hat.

Leipzig, den .....

(Prägesiegel)

Der Rektor

Der Dekan